

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

D E R S P A R T A K I S T

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der IV. Internationale)

Dezember 1955

Nr. 92

Preis S 2.--

=====

I n h a l t : Die neue Kampfetappe hat begonnen

M. Pablo: ZUM 15. JAHRESTAG DES TODES VON
L E O T R O T Z K I

D I E N E U E K A M P F E T A P P E H A T B E G O N N E N

Nun kann es keinen Zweifel mehr geben, daß wir in die neue Kampfetappe, die wir im April d.J. voraussagten, eingetreten sind. Seit Jahren geschah es zum erstenmal, daß die Bourgeoisie vor der Drohung der Massen, den Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenslage mit außerparlamentarischen Mitteln zu führen, zurückgewichen ist. Gleichzeitig hat die reformistische Bürokratie ein deutliches Mißtrauensvotum von den Massen erhalten. Daß sie sich schließlich in eine Kampfstellung gegen die Bourgeoisie begeben mußte, geschah nur unter dem Druck der Arbeiterschaft. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Mißtrauen der Massen gegenüber der SP-Politik, besonders auf gewerkschaftlicher Ebene, sehr tief geht und ein echter Radikalisierungsprozeß des Proletariats eingesetzt hat. Untersuchen wir die Ereignisse der letzten Wochen.

Die Lage von Bourgeoisie und Arbeiterklasse

Die Konjunktur dauert weiter an und zeigt keine Abschwächung. Die Unternehmerprofite sind fetter denn je. Der unerhörte Luxus, den die Bourgeoisie unbekümmert zur Schau stellt, die rauschenden Feste, die sie feiert, zeigen zur Genüge, wie wohl sie sich fühlt. Der Abzug der Besatzungstruppen, vor allem der russischen Truppen, hat ihre Selbstsicherheit noch erhöht. Nun will sie ganz und gar Herr im eigenen Haus sein. Die bestehende wirtschaftliche Konjunktur bestärkt sie in diesem Bestreben.

So sieht es mit der Bourgeoisie. Anders sieht die Lage der breiten Massen aus. Der Reallohn, den der österreichische Arbeiter erhält, ist einer der niedrigsten in Europa. Dafür zahlt er die höchsten Massensteuern, die es in Europa gibt. Nirgendwo in Europa könnte die Bourgeoisie es wagen, den Massen - noch dazu in einer Konjunkturzeit! - derartige Lebensbedingungen zuzumuten. Die Produktivität ist in den letzten Jahren um rund 30% gestiegen. Aber die SP muß selbst zugeben, daß den Vorteil daraus allein die Unternehmer eingesteckt haben. Einzig dastehend ist auch die Auswucherung der Massen durch die Kartelle, denen sich der kapitalistische Staat mit seinem Zollwucher anschließt. Mit ihrem niedrigen Lebensniveau bezahlen die Massen den Preis dafür, daß die Bourgeoisie die reformistische Bürokratie nun seit zehn Jahren in der Regierung beläßt. Eine solche Lage der Massen in Österreich, dem Lande mit der relativ stärksten SP in Europa!

Der Massendruck wächst an

Natürlich kann die Bourgeoisie nicht bloß die Vorteile aus der Koalition mit der SP genießen; sie muß auch die Kehrseite der Medaille in Kauf nehmen, nämlich die anwachsende Unzufriedenheit der Massen mit ihrer Lage. Sogar während der laufenden Konjunktur wuchs diese Unzufriedenheit und Unruhe an. Die Arbeiter wehrten sich besonders gegen die immer wieder ansteigende Teuerung, gegen die Auswucherung durch die Kartelle, die den Reallohn ständig vermindert. Schon im Vorjahr, auf der Wiener Betriebsrätekonferenz im Juni 1954, hatte sich blitzartig gezeigt, welche Mißstimmung in den Reihen der der SP ergebenden Betriebsvertrauensleute herrschte. Seither stieg die Unzufriedenheit stetig an. Immer öfter griffen die Arbeiter zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks. Als zu Herbstbeginn jedoch die Landesleitung der Gewerkschaften in Vorarlberg unter dem Druck der Arbeiter und Angestellten dieses Bundeslandes einen allgemeinen Warnungstreik führen mußte, wurde die Zuspitzung der Lage deutlich sichtbar. Dem Vorarlberger Streik folgten Warnungstreiks in wichtigen Industriezentren der Provinz. Schließlich erreichte die Bewegung Wien. Noch versuchte der Bundeskongreß der Gewerkschaften im Oktober über die im Lande herrschende Bewegung hinwegzusehen. Aber zwei Wochen später war der Druck so stark geworden, daß die zentrale Leitung der Gewerkschaften, die Böhm & Co. selbst, von der Regierung die Einberufung der Wirtschaftskommission verlangen mußten, um über Preisherabsetzungen zu verhandeln. Die Kommission trat am 7. November zusammen. Aber Raab wollte nicht über Preisherabsetzungen sprechen, sondern über die

Erhöhung des Milchpreises! Die Kommission war damit gesprengt. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie erkannte, daß sie an einem entscheidenden Punkt angelangt war: versuchte sie diesmal die Arbeiter zu vertrösten und hinzuhalten, dann untergrub sie ihre eigene Stellung und konnte einen Brand entfachen, dessen sie nicht leicht Herr werden würde. So stellte sie tags darauf, am 8. November, die Forderung nach einer Sonderzahlung als Abgeltung der Teuerung in der Höhe eines Wochenlohns auf und erklärte gleichzeitig die Entschlossenheit des Gewerkschaftsbundes, diese Forderung mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchsetzen zu wollen.

Natürlich war und ist diese Forderung bescheiden genug, was die Reformisten der Bourgeoisie zu beweisen sich bemühten. Insgesamt macht sie 800 Millionen aus, zwei Prozent der jährlichen Lohnsumme oder ein Prozent der jährlichen Produktionskosten!

Die Bourgeoisie lehnt ab

Zur größten Überraschung der Gewerkschaftsführung lehnte die Bourgeoisie die Erfüllung der Forderung nach einem Wochenlohn mit aller Schärfe ab. Raab erklärte, die "Stabilität der Währung" sei bedroht. Kamitz behauptete frech, es herrsche gar keine Teuerung. Die Lauda und Mautner-Markhof lehnten schroff jede Lohnerhöhung ab; Lauda, Präsident der Industriellenvereinigung, schlug einen Preis-Lohnpakt vor - auf der Basis der derzeitigen Preise und Löhne! Mit Energie und Geschlossenheit stellte sich also die Bourgeoisie und ihre Vertreter in der Regierung gegen die Forderung der Gewerkschaften. Warum aber, wenn diese Forderung ohnehin so geringfügig war, wenn sie im Verhältnis zu den kapitalistischen Profiten einen Bettel darstellte, und wenn ihre Ablehnung die Gefahr gewerkschaftlicher Kämpfe mit sich brachte?

Wie wenig SP und KP begriffen, worum es der Bourgeoisie ging, das zeigten die Hinweise beider in den ersten Wochen nach dem 8. November auf die ohnehin bescheidene Höhe der Gewerkschaftsforderung. Die "Volksstimme" rechnete der Bourgeoisie vor, daß sie jährlich eine Milliarde für Autoimporte ausgabe, der Arbeiterschaft aber keine 800 Millionen geben wolle. Die Arbeiterzeitung wies auf den Steuerrückstand der Kapitalisten von 2.6 Milliarden hin, welche Ziffer Kamitz gerade in diesen Tagen bekannt gab. Gerade der entschiedene Widerstand der Bourgeoisie gegen die bescheidene Forderung einer Sonderzahlung hätte die SP wie die KP darauf hinlenken müssen, daß es den Raab-Kamitz-Lauda um etwas ganz anderes ging als um die 800 Millionen!

Warum lehnte die Bourgeoisie ab?

Worum ging und geht es also der Bourgeoisie? Um das zu verstehen, müssen wir ihre Situation gegenüber der Arbeiterklasse in politischer Hinsicht ins Auge fassen. Wirtschaftlich hat sie sich außerordentlich hinaufgearbeitet, zuletzt dank der seit fast zwei Jahre herrschenden Konjunktur. Diese ist keine auf Österreich beschränkte Konjunktur, sondern nur ein Teil einer seit Anfang 1954 im kapitalistischen Teil Europas herrschenden Konjunktur, die, wie sich jetzt herausstellt, eine der größten Konjunkturen seit Ende des ersten Weltkrieges überhaupt ist. Allerdings hat der österreichische Kapitalismus dabei einen besonders steilen Aufstieg genommen, was er dem starken Ausbau der Grund- und Schwerindustrien im zweiten Weltkrieg verdankt. In wirtschaftlicher Hinsicht kann sich die österreichische Bourgeoisie also nicht beklagen. Auch für die nächste Zukunft braucht sie kaum etwas befürchten. Anders jedoch steht die Frage in politischer Hinsicht. Hier hegt sie mit Recht in der Frage des politischen Kräfteverhältnisses zur Arbeiterklasse die größten Befürchtungen.

Dieses Kräfteverhältnis, das sich unter anderem auch bei den verschiedenen Wahlen zeigt, ist mehr als das bloße Stimmenverhältnis zwischen den bürgerlichen und den Arbeiterparteien. Es ist in letzter Hinsicht die Frage nach der Massenbasis des bürgerlichen Regimes, die Frage nach der Stütze der Herrschaft der Bourgeoisie in den Massen.

Freilich kann **sich die Bourgeoisie** infolge der Koalitionspolitik der SP in bestimmtem Grade auch auf die Arbeiterklasse stützen. Aber das ist eine äußerst labile Stütze, ja, eine Stütze, die sich zuweilen als das gerade Gegenteil erweist und das kapitalistische Regime zum Einsturz zu bringen droht. Was die Bourgeoisie sucht, das ist die Stütze in den breiten Massen des Kleinbürgertums, des städtischen wie des dörflichen. Um diese Reserven geht zum Großteil der politische Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, wobei letztere vorläufig durch die SP vertreten wird, der die Hauptmasse der Arbeiter folgt.

Das politische Kräfteverhältnis

Seit Jahren ist das politische Kräfteverhältnis für die Bourgeoisie ungünstig. Raab ist nach den Wahlen von 1953 geradezu als der Mann der Bourgeoisie ans Ruder gekommen, der dieses Kräfteverhältnis wieder in ein für die Bourgeoisie günstiges verändern soll.

Fassen wir zuerst die bürgerliche Front ins Auge. Der neofaschistische VdU hat durch die anhaltende Konjunktur seine kleinbürgerliche Basis beinahe völlig eingebüßt. Auch die

Versuche, , die gespaltenen Gruppen wieder zusammenzuleimen, um dadurch eine größere Basis zu erhalten, schlagen fehl. Solange die Konjunktur anhält, wird es mit dem VdU kaum anders werden.

Nun zur kapitalistischen Hauptpartei, der Volkspartei. Bei der Februarwahl 1953 hat die SP sie an Stimmen bereits überholt. In allen Wahlen seither verlor die VP an Boden oder war der Fortschritt der SP bedeutend größer als der ihre. So z.B. bei den Landtagswahlen in Oberösterreich am 23. Oktober d.J. Auf Kosten des VdU konnte die VP zwar gegenüber 1949 ihren Stimmenanteil von 44.9 % auf 48.1 % erhöhen. Dafür aber sprang die SP von 30.7 % auf 39.4 % ! In Linz und Steyr, den beiden wichtigsten Städten, errang die SP die absolute Mehrheit.

Worüber die VP besonders erschrocken ist, das ist das Vordringen der SP in die Dörfer. Sie nimmt dort mehr und mehr der VP den Boden ab. Dabei kommt der SP die allgemeine Entwicklungsrichtung zugute: während vor zwanzig Jahren noch ein Drittel der Bevölkerung auf dem Lande lebte, sind es heute nur mehr 22%. Dagegen hat sich die industrielle Bevölkerung im gleichen Maße vergrößert. Diese Prozesse bedrohen, zusammen mit der auf die großkapitalistischen und großbäuerlichen Interessen ausgerichteten VP-Politik, ernsthaft die Basis der Bourgeoisie in den kleinbürgerlichen Massen. Das Wahlbarometer zeigt deutlich das Dahinschwinden dieser Basis an.

Das wiegt für die Bourgeoisie umso schwerer, als die Arbeiterklasse seit Kriegsende noch keine ernste Niederlage erlitten hat, ja, ihre Kampfkraft seither noch angewachsen ist. Sie hat sich zahlenmäßig verstärkt: derzeit hat die Zahl der Arbeitenden einen Stand wie nie zuvor erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ist gesunken. Noch hat keine langanhaltende Arbeitslosigkeit die Kampfkraft der Klasse zersetzt. Die Räumung des Landes von den Besatzungstruppen hat eine wichtige Fessel, die den Kampf des Proletariats zehn Jahre lang behinderte, beseitigt. Schließlich bleibt das internationale Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie immer noch günstig für die erstere.

So wird begreiflich, daß das heutige politische Kräfteverhältnis der Bourgeoisie größere Sorgen als je macht. Das zeigte sich, als die Wiener ÖVP anlässlich der Erhöhung der Wiener Straßenbahnpreise durch die SP-Verwaltung sofortige Parlamentswahlen verlangte. Das war kein von Weinberger ausgeheckter Unsinn, wie die AZ meinte, sondern zeigte, welchen Grad von Besorgnis die Frage des politischen Kräfteverhältnisses für die Bourgeoisie erreicht hat. Bekanntlich stand Raab hinter der Wiener ÖVP, wenn er sie auch schließlich bewog, ihren Plan zurückzustellen. Er weiß, daß nur ein viel umfassenderer Angriff imstande ist, die Frage zu lösen.

Die Bourgeoisie ist sich bewußt, daß unter den aufgezeigten Umständen eine SP-Regierung in Österreich - oder auch nur ein SP-Bundeskanzler - ganz und gar nicht dasselbe bedeutet wie eine SP-Regierung in Ländern wie Schweden, Australien, oder selbst England. Diese Länder sind in irgendeiner Weise privilegiert. Die Bourgeoisie verfügt dort über genügende Reserven, um eine breite Oberschichte der Arbeiterklasse, deren politischer Vertreter die SP ist, zu bestechen, oder selbst der ganzen Arbeiterklasse eine privilegierte Position zu geben. Schweden z.B. hat an zwei Weltkriegen profitiert. England beutet immer noch genug koloniale Gebiete aus, wenn auch seine Stellung gelitten hat.

Das alles fällt für Österreich weg. Hier stoßen die Klassen scharf aufeinander. Nur die zehn Jahre Besetzung des Landes haben die Entfaltung großer Klassenkämpfe zu verhindern vermocht. Diese Fessel ist gefallen. Nun bereiten sich unvermeidlich solche Kämpfe vor. Bei dem herrschenden politischen Kräfteverhältnis würde eine SP-Regierung in Österreich keineswegs jene idyllischen Züge aufweisen, die ihr die Schärf & Co zu geben gewillt sind. Sie würde ganz im Gegenteil sehr rasch zu einer realen Gefahr für das kapitalistische Regime werden, natürlich nicht kraft der SP, sondern kraft der hinter ihr stehenden Massen! Haben wir nicht erlebt, welche Massenbegeisterung die Wahl Körners 1951 ausgelöst hat?

Bedeutet eine SP-Regierung z.B. in den skandinavischen Ländern eine Lebensversicherung für die Bourgeoisie, so würde eine solche Regierung in Österreich eine gewaltige Belebung der Massen bringen, einen enormen Aufschwung des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, so daß die "sozialistische" Regierung sehr rasch unter den Druck der Massen geraten und zu Maßnahmen getrieben würde, die den Rahmen des kapitalistischen Regimes sprengen. Dabei

Dabei ist das für die Bourgeoisie keine Frage auf lange Sicht: sie steht vielmehr ganz konkret vor dieser Frage! Schon im Herbst 1956 sind die nächsten Parlamentswahlen fällig! Derzeit sehen die Raab & Co keinen Weg, das für sie ungünstige politische Kräfteverhältnis rasch und anhaltend zu ihren Gunsten verändern zu können. Darin besteht die kritische Lage für die österreichische Bourgeoisie.

Nun erkennen wir: die Haltung der Raab, Kamitz & Co angesichts der Forderung des Gewerkschaftsbundes war einfach und rein diktiert von ihrer Sorge um die weitere Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Nicht um die 800 Millionen ging es ihnen, nicht um die 200 Millionen für die Bundesangestellten, nein, um das Zurückdrängen der Massen der SP, der reformistischen Bürokratie, ihres Einflusses auf die Massen. Raab wollte und konnte der SP und der Gewerkschaftsführung nicht die "Vorkämpfer"-Rolle überlassen, weil das deren Einfluß bei den Massen noch stärken mußte.

Gegenaktionen der Bourgeoisie

Natürlich nimmt die Bourgeoisie das herrschende politische Kräfteverhältnis nicht passiv zur Kenntnis. Raab kämpft vielmehr zielbewußt, um es zu ihren Gunsten zu verändern. Das hat er auch anlässlich des Kampfes gegen die Forderung des Gewerkschaftsbundes getan.

So spekulierte er darauf, durch das Geschrei über die "Stabilität der Währung" die kleinbürgerlichen Massen zu erschrecken und der Arbeiterklasse zu entfremden. Doch stand die Geringfügigkeit der Forderung der Gewerkschaften in so schreiendem Widerspruch zu der von Raab behaupteten Auswirkung, daß das demagogische Geschrei nicht verfiel. Im Gegenteil: die Spareinlagen stiegen noch an. Der Hauptteil des Kleinbürgertums beutet nicht aus; für ihn bedeutete daher die Forderung des Gewerkschaftsbundes keine Belastung, sondern umgekehrt erhöhten Absatz infolge gesteigerter Kaufkraft der Arbeiterschaft.

Andererseits wollte die Bourgeoisie, zum erstenmal nach der Räumung des Landes in einer solchen Lage, zeigen, daß sie Herr im Haus ist. Damit wollte sie ihr Ansehen bei den kleinbürgerlichen Massen stärken und sie durch eine Politik der Härte, die Raab schon vor Monaten angekündigt hatte, beeindrucken. Der schließliche Ausgang des Kampfes ist aber nicht danach angetan, diesen Eindruck hervorzurufen. Im Gegenteil: Raabs schließliches Nachgeben entspricht eher einer Politik des Schwankens.

Kamitz vertrat und vertritt dabei den entschiedeneren Kurs gegen die Massen. Er wollte "streiken lassen", d.h. es auf eine ernste Kraftprobe ankommen lassen. Natürlich wollte er nicht "streiken lassen", damit die Arbeiter etwas erreichen. Im Gegenteil: er hoffte, daß nach einer Zeit des Streikens die SP-Führung, nicht die Massen, nachgeben und kapitulieren werde, was ihrem Ansehen bei den Massen schaden und gleichzeitig das der siegreichen Bourgeoisie, in erster Linie beim Kleinbürgertum, stärken werde.

Die Bourgeoisie ist besonders darüber erbost, daß ihr die Gewerkschaftsforderung erschwert, hunderte Millionen beiseite zu schaffen, die sie im kommenden Jahr für massive "Wahlzuckerln" braucht. Deshalb bestand Kamitz auch auf dem Schwindel mit dem "Budgetgleichgewicht". Auch die provokatorische Forderung der ÖVP, die in der "Wirtschaftskommission" eine Erhöhung des Milchpreises forderte, gehört hieher. Sie sollte nämlich helfen, die bäuerlichen Reserven der VP fester bei der Stange zu halten. Die ÖVP wird in den kommenden Monaten weitere solche Vorstöße unternehmen, um das ländliche Kleinbürgertum durch materielle Vorteile und Vorteilchen, die nur vorübergehend sein können, fester an sich zu binden.

Kamitz unternahm auch einen Vorstoß, um die Arbeiterklasse direkt zu schwächen. Seine kreditpolitischen Maßnahmen erfolgten ausdrücklich zu dem Zweck, um den Unternehmern das Geld zu entziehen, das sie zur Erfüllung der Gewerkschaftsforderung brauchten. Das trifft natürlich vor allem kleine und mittlere Unternehmer, denen die Banken - die verstaatlichten Banken! - die Kredite verteuern oder entziehen. So soll durch Sperrung solcher Betriebe Arbeitslosigkeit entstehen, die die Arbeiter im Betrieb unter Druck halten und zugleich zur Spaltung der Arbeiterklasse führen soll. Dieser Schritt von Kamitz hat sicher, auf längere Sicht gesehen, große Bedeutung. Aber im Kampfe um die Sonderzahlung verfiel die Drohung mit der Arbeitslosigkeit nicht.

Schließlich soll noch daran erinnert werden, welche Bedeutung für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie dem neuen Bundesheer zukommt. Die Bourgeoisie benutzt es heute schon, wo es erst im Keim vorhanden ist, dazu, um ihren politischen Einfluß zu erhöhen und vor allem die kleinbürgerlichen Massen durch die verstärkte Entfaltung des kapitalistischen Machtapparats zu beeindrucken. Die politische Blindheit der SP-Führung, die diese Auswirkung der Schaffung des neuen Heeres auf die weitere Entwicklung des Kräfteverhältnisses einfach ignorierte, wird hier besonders sichtbar.

Die Bourgeoisie weicht zurück

Länger als zwei Wochen weigerte sich die Bourgeoisie, auch nur an Verhandlungen über die Sonderzahlung zu denken. Die Forderung der Bundesangestellten nach einem Viertel des Monatsgehaltes lehnten die Raab-Kamitz glatt ab. Erst als die Eisenbahner und Postler für den 3. Dezember den Streik beschlossen und zur Bildung von Streikkomitees schritten, spitzte sich die Lage zu. Am 18. November zeigten die Metallarbeiter von Simmering, Schwechat und Fischamend durch einen Warnstreik, daß sie zum Kampf bereit stünden. Auch in Wiener Gemeindebetrieben zeigten sich Bewegungen, besonders bei den Straßenbahnern.

Unter diesem Druck mußte sich die Gewerkschaftsbürokratie entschließen, auf ihrer Forderung zu bestehen und ihre Kampfbereitschaft zu unterstreichen. Am gleichen Tage (18. Nov.) rief die AZ, die die Erklärung des Gewerkschaftsbundes brachte, besorgt der Bourgeoisie zu, man müsse doch den Brand, der sich auszubreiten drohte, "löschen, und nicht anblasen"!

Erst bei dieser Lage entschloß sich Raab zum Rückzug. Er berief eine Sitzung von Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung ein, die mit "Empfehlungen" an die Adresse der Arbeiter und der Unternehmer endete. Erstere sollten sich anstatt der Sonderzahlung mit einer Lohnerhöhung von 2% im kommenden Jahr begnügen! Zur "Beobachtung" der Preise wurde eine "Ständige Preis- und Lohnkommission" geschaffen. Es ist bezeichnend, daß sich um die "Empfehlungen" dieser Beratung niemand scherte. Sie sollten in Wahrheit den Rückzug der Raab-Kamitz decken. Aber es war erst der halbe Rückzug.

Sie weigerten sich weiter, mit den Bundesbediensteten über deren Forderung zu verhandeln. Da ließ sich die Gewerkschaftsspitze der Eisenbahner und Postler den Streikbeschluß für den 3. Dezember bestätigen. Damit stand fest, daß am 3. Dezember ein Eisenbahner- und Postlerstreik in ganz Österreich Tatsache werden würde. Raab erkannte, daß ein solcher Streik rasch Wiederhall bei der übrigen Arbeiterschaft finden würde, die noch mitten im Kampf mit den Unternehmern stand. Das erst bewog ihn und Kamitz - der kurz vorher noch mit seinem Rücktritt gedroht hatte! - zum vollen Rückzug. Sie traten mit den Bundesbediensteten in Verhandlungen. Nur der nachgiebigen Haltung der Gewerkschaftsspitze ist es zuzuschreiben, daß es Raab gelang, relativ billig davonzukommen.

Innerhalb einer Woche hatten Raab-Kamitz ihren Rückzug vollendet. Die Drohung der Massen mit dem außerparlamentarischen Kampf hatte ihn erzwungen. Die Bourgeoisie hatte sich verrechnet. Sie dachte, die Gewerkschaftsbürokratie werde im gegebenen Augenblick imstande sein, die Massen einfach zurückzupfeifen. Aber sie irrte sich. An die Adresse der Bourgeoisie schrieb die Arbeiterzeitung am 18. November:

"Es ist nur ein Beweis der richtigen Erkenntnis der Lage und des Verantwortungsbewußtseins der Gewerkschaftsführung, daß sie die Erregung (der Massen über die Teuerung. Die Red.) nicht weiter anschwellen ließ, bis sie vielleicht nicht mehr einzudämmen gewesen wäre."

Und im gleichen Artikel:

"Die Belastung ist immer noch geringer als jene, welche der Wirtschaft erwachsen wäre, wenn die anschwellende Bewegung nicht abgefangen worden wäre."

Die reformistischen Gewerkschaftsführer erklärten der Bourgeoisie, daß sie die Lage falsch einschätze. Das stimmte. Sie hatte die Kraft der Massenbewegung unterschätzt und ihre eigene Kraft überschätzt. Das heißt, daß sie bei der ersten Kraftprobe nach dem Abzug der Besatzungstruppen einen schweren Rechenfehler gemacht und das herrschende Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hat. Sie mußte daher die erste Kraftprobe mit einem Rückzug noch vor Ausbruch des vollen Kampfes beenden.

Das heißt mit anderen Worten, daß das politische Kräfteverhältnis für die Bourgeoisie jetzt noch schlimmer liegt. Raab muß die Lösung der Aufgabe, die er sich gestellt hat, eine entscheidende Veränderung dieses Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Bourgeoisie herbeizuführen, unter verschlechterten Bedingungen erneut aufnehmen. Darin liegt der Haupterfolg für die Arbeiterklasse.

Die Radikalisierung der Massen

Im Frühjahr hatten wir vorausgesagt, daß das Ende der Besetzung eine große Belebung der Massen bringen werde. Bereits im Widerstand gegen die Schaffung eines neuen Heeres wurde eine breite Massenopposition sichtbar, von der wir im "Spartakist" sagten, daß wir "erst am Beginn eines tiefgehenden Prozesses" stünden. Heute können wir sagen, daß dieser Prozeß ein schönes Stück weitergegangen ist.

Der Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Massen wurzelt in den Betrieben. Der Kampf im Betrieb, entfaltet er sich einmal, hat eine außerordentliche Stoßkraft. Es ist nur der verräterischen Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zuzuschreiben, die diesen Kampf immer wieder abbremsst, zersplittert, isoliert, daß es längere Zeit dauert, bis sich die spontanen Kämpfe vereinigen und eine wirkliche Bewegung entsteht.

Eine solche wirkliche Bewegung hat sich nun, erstmals wieder seit dem Oktober 1950, in den letzten Monaten entwickelt. Anläßlich des Widerstandes gegen die Schaffung eines neuen Heeres lag eine breite Massenopposition und schließlich Massenströmung vor. Trotzdem sie über die Arbeiterklasse hinausreichte, konnte sie keine Durchschlagskraft erreichen: Betriebe waren kaum einbezogen worden. So konnte die reformistische Bürokratie mit ihr fertig werden und selbst zu Ausschlüssen und disziplinären Maßnahmen gegen Funktionäre der Jugendbewegung und Intellektuellenkreise greifen.

Anders lagen die Dinge jetzt. Die Bürokratie konnte es nicht länger wagen, sich der Bewegung einfach entgegenzustellen. Sie mußte sie "eindämmen" und rechtzeitig "abfangen", wie Klenner in der AZ offen zugibt. Das zeigt am besten, wie groß der Druck der Bewegung bereits geworden war. Die reformistische Führung war gezwungen, gegen die Bourgeoisie Front zu machen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, anders als bei der Wehrfrage, wo sie zusammen mit der Bourgeoisie zwar vor dem Druck der Massenströmung zurückwich, entgegen dieser Strömung aber doch den Wünschen der Bourgeoisie in der Wehrfrage nachkam.

Der Unterschied ist wohl deutlich, aber es gibt noch weitere Anzeichen für die Radikalisierung der Massen.

Für ihre Zustimmung zu den Wünschen der Bourgeoisie in der Wehrfrage hat die SP-Führung bekanntlich die Zustimmung der Bourgeoisie zum neuen Sozialversicherungs-Gesetz (ASVG) eingehandelt. Bistlang hatten die Schärff & Co. noch jedesmal die Massen mit einem solchen "Kompromiß" zu täuschen vermocht. Mit dem ASVG-"Kompromiß" erlebten sie etwas Neues; sie konnten bei den Massen kein wirkliches Echo erzeugen. Im Gegenteil: zu ihrer Überraschung stießen sie überall auf eine kritische Stimmung. Durch Plakate, durch Versammlungen versuchte die Bürokratie die Massenstimmung für ihr "Kompromiß" zu heben. Es mißlang ihr, wie sie auf Konferenzen selbst zugeben mußte.

Daß die Massen diesmal nicht mehr "mitgingen", zeigte deutlich, welche Mißstimmung, ja Erbitterung sie beherrschte. In Wien kam noch dazu, daß der SP-Finanzreferent die Straßenbahnfahrpreise empfindlich erhöhte, anstatt die Kapitalisten und ihren Luxus zu besteuern. Diese ausschließlich die Arbeiterschaft treffende Maßnahme trug dazu bei, dem ASVG-"Kompromiß" jede Zugkraft zu nehmen. Die Erbitterung der Massen wurde allgemein, als schließlich, mitten in das Gerede von Preisherabsetzungen, einige Kartelle die Preise noch hinauftrieben.

Ein weiterer Gradmesser für die Radikalisierung der Massen ist, daß diesmal auch solche Arbeiterschichten*)- Eisenbahner, Postler, städtische Arbeiter usw - in den Kampf eintraten, Streikbeschlüsse faßten oder streikten.

Was jedoch entscheidend ist und uns erlaubt, von einer echten Radikalisierung zu sprechen, ist die Tatsache, daß in dieser Bewegung zum erstenmal neue junge Arbeiterkader sichtbar geworden sind, die sich an der Spitze der Streikkomitees befanden. Das ist eine Tatsache, der wir außerordentliche Bedeutung zumessen müssen.

Die jetzt an die Spitze der Bewegung tretenden Arbeitergenerationen der Zwanzig- bis Dreißigjährigen haben ihre Erfahrungen im Klassenkampf erst seit 1945 sammeln können. Ihr jetziges Hervortreten beweist, daß diese Erfahrung nun einen bestimmten Reifegrad erreicht hat, der ihre Besten zu führenden Elementen der Bewegung macht. Sie haben in diesem Kampf jetzt wichtige Erfahrungen gemacht. Das heißt, daß wir in den bevorstehenden scharfen Klassenkämpfen neue, kampfgewillte Generationen und eine ebensolche neue Führung, aus ihren Reihen stammend, vorfinden werden. Damit ist ein sehr dynamisches Element in den Betrieben gegeben.

Vor den älteren Arbeitergenerationen haben diese jungen eines voraus: sie haben in ihrer Jugend nur Faschismus, Krieg und Nachkriegselend kennen gelernt. Sie sind also keine enttäuschten Generationen wie die älteren, welche noch 1934 und 1938 miterlebt haben. (Dazu sei bemerkt, daß J.Hindels in seinem Artikel: Die Ideologie des Wohlfahrtsstaats /Zukunft Heft 6, Juni 1955/ diesen Umstand völlig übersieht. Er sieht

*) die sonst nur schwer in Bewegung geraten-

nur enttäuschte, resignierende Massen). Diese jungen Arbeitergenerationen werden also ohne Rückerinnerungen, den Blick nach vorwärts, kämpfen - ohne große Rücksichtnahme auf die reformistische Bürokratie. Das **hat** sich ja schon schon in den letzten Kämpfen gezeigt, z.B. im "wilden Streik" der Wiener Straßenbahner. Wir müssen diesen jungen führenden Arbeiterkadern in den Betrieben unser ganzes Augenmerk zuwenden: ohne lebendige Verbindung **mit** ihnen, ohne ihre Besten für unser Programm zu gewinnen, ist der Aufbau der neuen revolutionären Partei des Proletariats undenkbar. Heben wir schließlich noch einen für unsere revolutionäre Arbeit bestimmenden Umstand hervor: diese echte Radikalisierung der Arbeiterklasse entwickelt sich innerhalb der SP! So sehr das Mißtrauen zur reformistischen Politik ansteigt, so sehr sich die jungen aktiven Kader der reformistischen Politik in den Gewerkschaften entgegenstellen: es bedeutet nicht, daß sie auch schon mit der SP brechen. Im Gegenteil: während die Massenerbitterung anwuchs, fanden die Landtagswahlen in Oberösterreich statt, die wir oben **erwähnten**. Nein, die radikalisierten Massen bleiben in der SP, sie wählen nach wie vor die SP. Sie wollen nur eine aktive, kämpferische, ihre Lebensinteressen sichernde Politik durchsetzen, und zwar innerhalb der SP. Das dürfen wir nicht übersehen.

Ein Wort zur KP-Politik

Die KP verdankt die Tatsache, daß ^{sie} die letzten Monate relativ gut überstanden hat, vor allem der Politik der SP (Wehrfrage, Diskriminierungen in den ehemaligen Usia-Betrieben, Erhöhung der Wiener Straßenbahntarife usw.). Die letzten Wochen haben ihr sogar geholfen, sich in bestimmten Grade zu festigen. Zwar erleidet sie bei den laufenden Betriebsrätewahlen Verluste, z.B. in den früheren Usia-Betrieben und bei den Eisenbahnern, wo sie ein Drittel einbüßte. Aber diese Verluste werden durch gewisse Fortschritte in anderen Betrieben gemildert. Ihr aktiver Einsatz für die Tagesinteressen verschafft ihr erhöhtes Ansehen bei den radikalisierten Massen.

Was aber die KP-Politik mit dem Eintreten für die Tagesinteressen der Massen zum Ziel hat, ist ein erhöhter Druck auf die Bourgeoisie, um diese auf der außenpolitischen Linie der "Neutralität" zu halten, die gegenwärtig der Außenpolitik des Kreml entspricht. In Worten trägt die Stalinbürokratie der Massenradikalisierung zwar Rechnung: in "Weg und Ziel" und sogar in der "Volksstimme" bezeichnet sich die KP jetzt als "revolutionäre Partei", die den "Sturz des Kapitalismus" zum Ziele hat. In der täglichen Praxis aber bleibt sie bei der Unterstützung des Kampfes für die Tagesinteressen der

Massen - im Rahmen eines wechselnden Druckes auf die Bourgeoisie, ohne einen wirklichen Schritt in die Richtung der revolutionären Mobilisierung der Massen zu setzen. Hieher gehört in erster Linie die Anwendung der Leninschen Einheitsfronttaktik gegenüber der SP und die Hinarbeit auf die Aufrichtung einer SP-Regierung in Österreich, gestützt auf die Massen. Aber daran denkt die Stalinbürokratie nicht, daran kann sie nicht denken. Ihre Politik bleibt nach wie vor verräterisch-opportunistisch. Es muß nur verhindert werden, daß die neuen jungen Kader, die in den letzten Kämpfen sichtbar wurden, in Illusionen über die KP und ihre Politik verfallen.

Die kritische Lage der SP-Führung

Die zunehmend kritische Lage der SP-Führung ergibt sich einerseits aus dem Bestreben der Bourgeoisie, die Schere zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kräfteverhältnis so schnell wie möglich zu beseitigen und andererseits aus der Radikalisierung der Massen, die noch weiter anwachsen wird.

Sicherlich ist die SP-Führung andauernd diesem doppelten Drucke ausgesetzt. Sie hat großes Geschick darin erworben, ihm auszuweichen oder zu widerstehen. Heute jedoch wächst dieser Druck von beiden Seiten zusehends und gleichzeitig an. Dadurch wird das Manövriertfeld der reformistischen Führung sehr eingeengt. Sie kann von der Bourgeoisie immer weniger "Kompromisse" erreichen und die sie erreicht, stoßen bei den Massen auf wachsende Kritik und Ablehnung.

In der letzten Zeit mußte sich die SP-Führung dem Massendruck anpassen. Schärf erklärte auf dem Parteitag plötzlich, daß der "Wohlfahrtsstaat" bloß die "Schwelle zum Sozialismus" sei; letzterer bleibe das Ziel der SP. Er forderte sogar ein Aktionsprogramm, um "möglichst rasch" zum "Sozialismus" zu kommen. Ebenso paßten sich die Böhm & Co. durch die Forderung nach der Sonderzahlung dem Massendruck an.

Aber diese Anpassungsversuche bringen heute eine große Gefahr mit sich. Die Schärf, Pittermann & Co. glauben, in der Etappe verschärfter Klassenkämpfe, deren Beginn wir eben erlebt haben, mit dem sogenannten "Klassenkampf in der Regierung" auszukommen und den außerparlamentarischen Kampf abwürgen zu können wie bisher. Selbst vom reformistischen Standpunkt aus wird sich das als Selbstmordpolitik herausstellen. Die kritische Lage, in welcher sich die SP-Führung befindet, wird deutlich: die Verschärfung des Klassenkampfes erfordert mehr denn je den außerparlamentarischen Kampf gegen die Bourgeoisie; die Massen drängen nach ihm, um ihre Lage zu verbessern; sie greifen sogar gegen den Willen der Reformisten zum außerparlamentarischen Kampf, siehe den "wilden" Streik

der Wiener Straßenbahner; in gewissem Grade ist die SP-Führung selbst gezwungen, mit dem außerparlamentarischen Kampf zu drohen, -gleichzeitig muß sie jedoch heftiger als je zuvor den außerparlamentarischen Kampf ablehnen (Schärf auf dem Parteitag!), weil die radikalisierten Massen viel weiter vorstoßen könnten, als ihr um der Bourgeoisie willen lieb ist.

In diese Widersprüche gerät von nun an die reformistische Führung mehr denn je. Aus dem Verhalten und der Politik der SP-Führung wird von nun an die kämpferische Avantgarde der Arbeiterklasse, die jetzt hervorgetreten ist, unvermeidlich Lehren ziehen, vorerst natürlich innerhalb der SP. Die Basis einer linken Massenströmung ist, das können wir heute mit größerer Bestimmtheit als je sagen, in Bildung begriffen. Wir müssen den Zusammenhang sehen: am 28. Juni 1954 erhielt die Autorität der Böhm & Co den ersten schweren Schlag; in der Wehrgesetzfrage hat sich die SP-Führung zum erstenmal einer breiten Opposition gegenübergesehen; im Dezember 1955 haben wir den ersten "wilden" Streik in Wien erlebt, den die Sympathie der Bevölkerung stützte und der einen neuen schweren Schlag gegen die Böhm & Co bedeutete. Weitere solche Schläge werden folgen. Aus den Kämpfen heraus wird eine Avantgarde entstehen, die an die Stelle der reformistischen Politik eine kämpferische setzen will und wird. Die neuen kampfwilligen Arbeiterkader, die in diesem Kampfe an der Spitze stehen, sind jetzt zum erstenmal sichtbar geworden. Sie sind die Elemente des kommenden linken Flügels in der SP. Das müssen wir erkennen. Die ersten Auswirkungen des Erfolges der Massen sind bereits sichtbar geworden, z.B. in der SJ. Weitere werden folgen, ungewollt von der reformistischen Bürokratie gefördert, die alles für das Ergebnis "kommunistischer Mühsarbeit" erklären. Nur das Weitergehen der Konjunktur könnte die Bildung des linken Flügels verlangsamen.

Perspektiven und Aufgaben

Die Bourgeoisie wird in den kommenden Monaten die größten Anstrengungen machen, um die zur SP umgeschwenkten kleinbürgerlichen Schichten wieder zurückzuerobern. Sie will diese Frage längstens bis zum Herbst 1956, dem nächsten Wahltermin, lösen. Graf hat das jüngst deutlich ausgesprochen, als er auf dem Wiener Landesbauerntag der ÖVP erklärte, die "großen Probleme der Zukunft" könnten erst "nach den nächsten Wahlen, also etwa im Frühjahr 1957", gelöst werden. Alles, was jetzt "unter schwersten Geburtswehen geschieht, sind Krampflösungen", fügte er hinzu.

Die Bourgeoisie wird, um ihr Ziel zu erreichen, alle Kampfmethoden kombinieren: außerparlamentarischer Kampf (Aufmärsche reaktionärer Verbände, Soldatentreffen, Katholikentag usw.); erhöhter Terror in Ämtern und Betrieben; Preiserhöhungen für die Agrarier, um die Kleinbauern zu ködern; demagogisches Zugestehen von steuerlichen und anderen vorübergehenden Vorteilen an kleinbürgerliche Schichten, wobei Kamitz seinen englischen Kollegen Butler nachahmen will; Hineintragen von Spaltungen in die Massen, Austeilen von "Wahlzuckerln", Aufziehen von gelben Organisationen in den Betrieben, Erzeugen von Arbeitslosigkeit, womit Kamitz gedroht hat, Schaffung einer verschärften reaktionären Atmosphäre vor den Wahlen, deren Einleitung die jetzt laufende Kampagne gegen Antifaschisten ist, in welche bereits SP-Funktionäre (Wehrl) einbezogen werden und die der SP folgende Naziwähler für die ÖVP gewinnen soll. Damit haben wir keineswegs erschöpfend aufgezählt, was Raab in den kommenden Monaten versuchen wird. Er wird alles daransetzen, um das politische Kräfteverhältnis zu Gunsten der ÖVP zu verändern. Sie soll aus den nächsten Wahlen mit einer starken Massenbasis hervorgehen, um einen klaren Kurs ohne und gegen die SP zu steuern, wie Graf ihn andeutet.

Natürlich fällt in den Wahlen nur die Vorentscheidung. Aber gestützt auf eine solche für sie günstige Vorentscheidung auf parlamentarischer Ebene hofft die Bourgeoisie dann rasch auf die außerhalb der Wahlen, außerhalb des Parlaments fallende wirkliche Entscheidung zusteuern zu können.

Das alles wird ihr nicht leicht fallen. Sie muß diesen Kampf unter für sie ungünstigen Bedingungen führen. Das dürfen wir nicht übersehen. Eben jetzt wagt sie nicht, es bis zur vollen Entfaltung des Massenkampfes kommen zu lassen und tritt noch vorher den Rückzug an. Um so erbitterter wird sie den kommenden Kampf führen.

Angesichts dieses Bestrebens der Bourgeoisie muß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, ihr die Erreichung ihres Ziels unmöglich zu machen und eine weitere Schwächung ihrer Massenbasis herbeizuführen. Das läßt sich nur durch eine auf die Durchsetzung der Masseninteressen ausgerichtete zielbewußte Politik erreichen, die sich des außerparlamentarischen Kampfes bedient, um die Bourgeoisie zurückzuwerfen und den kleinbürgerlichen Massen in der Arbeiterklasse jene Kraft zu zeigen, deren Aktion imstande ist, auch ihre Interessen gegen Großkapital und Großgrundbesitz durchzusetzen. Der außerparlamentarische Kampf ist auch das einzige Mittel, um den Weg zum Sozialismus tatsächlich freizulegen, den Schärf (mit dem Maul) als Ziel der SP hinstellt. Durch Klassenkampf zum Sozialismus! Front gegen die Volkspartei so wie im Herbst 1952! Nur so wird sie geschlagen werden! Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen der breiten Massen ohne Rücksicht auf die Volkspartei!

Kampf für Hebung des Lebensniveaus der Massen auf das "westliche Niveau", wie es Schärf auf dem Parteitag verlangte! Außerparlamentarischer Kampf darum!

Verstaatlichung der Erdöl- und anderen früheren Usia-betriebe! Durchsetzung der Bodenreform! Mobilisierung der Kleinbauernschaft zum Druck auf die Bourgeoisie, deren Widerstand nicht mit Geschwätz, sondern nur mit außerparlamentarischem Kampf zu überwinden ist!

Bessere Agrarpreise für die Kleinbauern auf Kosten der von den Großbauern geführten Genossenschaften und Molke-reien ohne jede Belastung der städtischen Konsumenten!

Kampf gegen die Pläne Raabs und Kamitz', eine künstliche Arbeitslosigkeit zu schaffen.! Kampf gegen die Versuche der Industriellen, gelbe Organisationen aufzuziehen!

Kampf gegen jede Spaltung der Massen!

Kampfeinheit der Arbeiter in den Betrieben!

Kein Zugeständnis an die Volkspartei in den Schulfragen, wodurch antiklerikale kleinbürgerliche Schichten abge- stoßen würden! Kein "Kompromiß" in der Frage einer Wahl- reform, die der Bourgeoisie den Start verbessern soll!

SP an die Macht! Aktivierung der breiten Volksmassen zum Kampf gegen die Volkspartei, die die Interessen von Groß- kapital und Großgrundbesitz vertritt! Hinaus mit ihr aus der Regierung! Vorwärts zur SP-Regierung, die, gestützt auf die Massen, alle Maßnahmen ergreift, um die Lebens- interessen der Massen durch Enteignung der Großkapitalis- ten und Großgrundbesitzer, durch Zerschlagung der Kartelle und Einführung der Planwirtschaft zu sichern!

Mit diesen Übergangslösungen müssen wir innerhalb der Massen- bewegung auftreten und besonders die aktivsten Arbeiter mit ihnen bekannt machen. Den bewußtesten Elementen müssen wir die Bedeutung und die Perspektiven der kommenden Klassenkämpfe aufzeigen. Besonders müssen wir Verbindung mit den jetzt neu hervorgetretenen kampfwilligen Arbeiterkadern aufnehmen und ihnen eine sozialistische Perspektive geben.

Die Chancen für die Arbeiterklasse sind nach wie vor günstig. Sie müssen nur durch eine zielbewußte kämpferische Politik, gerichtet gegen die Bourgeoisie, genutzt werden, durch Kampf innerhalb und erst recht außerhalb des Parlaments. Die Schere zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kräfteverhältnis ist letzten Endes ein Symptom der latenten revolutionären Krise, die auch in Österreich unvermittelt hervortreten kann.

Weder die SP noch die stalinistische KP sind imstande, sie zum Ausreifen zu bringen und mit dem Siege der Arbeiterklasse abzu- schließen. Dazu bedarf es der neuen revolutionären Partei des Proletariats, die zu schaffen wir uns zur Aufgabe gemacht haben. Die objektiven und subjektiven Bedingungen für ihre Lösung haben sich durch den jüngsten Kampf neuerlich ver- bessert. Wir müssen nur unsere Arbeit zielbewußt und geduldig fortsetzen.

an seine komplexe Natur darstellen, bewußt und daher auch der Unvermeidbarkeit von Irrtümern. Andererseits beruht jede marxistische Einschätzung oder Prognose auf der wahrscheinlichsten Resultante einer Gesamtheit von in ständiger Wechselwirkung stehenden Faktoren, die für eine gewisse Zeit gegeben sind und diese Resultante bestimmen.

Diese Faktoren sind aber nicht statisch, sondern in Entwicklung, in ständiger Umwandlung, in einem Kampf unter sich selbst begriffen, der ihnen eine jeden Moment wechselnde Dynamik verleiht, verschieden vom Gesamtergebnis ihrer Wechselwirkung. So kommt es, daß nach Ablauf einer gewissen Zeit die Einschätzung, die Prognose, die Perspektive ungültig geworden ist und bestimmte auslösende Faktoren eine andere Bedeutung erlangen.

So gelten die marxistischen Einschätzungen und Prognosen schon ihrer Natur nach nur für eine mehr oder minder lange Periode, entsprechend eben dem Zeitraum, während welchem die Wechselwirkung der bestimmenden Faktoren mehr oder weniger zu jenem Gesamtergebnis führt, das eingeschätzt oder erwartet wurde.

Von diesem Gesichtspunkt aus, dem einzig gültigen für einen Marxisten, darf bei der Beurteilung des Werkes Trotzki's nicht von zweitrangigen Aspekten dieser oder jener Einschätzung, dieser oder jener Perspektive, die heute notwendigerweise überholt sind, ausgegangen werden. Die Beurteilung muß vielmehr vom Gesichtspunkt seiner Analysen und Theorien, die stets die Realität, die wesentlichen Fragen und Probleme unserer Zeit behandeln und auf sie antworten, sowie vom Gesichtspunkt seiner Methode aus erfolgen.

Die Kritiker Trotzki's, von welchen einige aus den Reihen seiner eigenen Bewegung kommen, versäumen keine Gelegenheit, auf den "Widerlegungen" seiner Prognosen, die die Geschichte geliefert haben soll, herumzureiten. So zum Beispiel hinsichtlich der Ergebnisse des letzten Krieges. Gestützt auf aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen aus den Schriften Trotzki's schreiben sie ihm die Anschauung zu, mit dem unvermeidlichen Sturz der Sowjetbürokratie sowie mit dem Triumph der Welt-

revolution und der IV. Internationale während oder unmittelbar nach dem Kriege gerechnet zu haben.

Im gegenteiligen Falle sei, so behaupten sie weiter, Trotzki bereit gewesen, den geschichtlichen Bankrott des Proletariats und den Rückfall der Menschheit in die Barbarei anzuerkennen. Und so wie sie selbst alle während des Krieges und nachher tatsächlich vor sich gegangenen revolutionären Umwälzungen nur für eine weltweite Ausdehnung des stalinistischen "barbarischen Totalitarismus" halten, so schreien sie vom "Bankrott" Trotzki's und befürworten ein neues Programm zur Verteidigung der Sklaven in der neuen "bürokratischen Gesellschaft", die sich ihnen zufolge zwischen Kapitalismus und Sozialismus einschleibt.

Daß Trotzki eine der Entwicklungen des letzten Krieges tatsächlich nicht vorhergesehen hat - den Vorteil, den die UdSSR aus der Unterstützung durch den wichtigsten Flügel des Imperialismus gezogen hat -, stimmt. Daß er auch die Frist bis zum Sturz der Sowjetbürokratie und dem Triumph der Weltrevolution und der IV. Internationale kürzer gesehen hat, stimmt ebenso. Marx, Engels und Lenin haben es jedoch in analogen Fällen auch nicht zu vermeiden vermocht, revolutionäre Entwicklungen von gleichem rapiden Rhythmus und vor allem von gleicher geradliniger Art vorherzusagen.

Wenn es jedoch einen Fehler in dieser Art von Sehen (und Vorhersehen) gibt, so liegt er darin, anzunehmen, daß es möglich sei, stets alle objektiven Bedingungen in ihrer Vollständigkeit zu erfassen - und nicht bloß die allgemeine Linie der unvermeidlichen Entwicklung. Um ein Beispiel anzuführen: Lenins Vorhersage, daß der erste Weltkrieg unvermeidlich in eine revolutionäre Krise ausmünden müsse, war absolut richtig, insofern sie allgemein aussagte, was aus dem durch den Krieg zutiefst gestörten Gleichgewicht des Kapitalismus resultieren werde. Trotzki's Prognose, daß der zweite Weltkrieg unweigerlich mit einer revolutionären Krise von noch größerer Tragweite als der erste enden werde, hat sich gleicherweise als richtig im Sinne der allgemeinen Linie der unvermeidlichen Ereignisse erwiesen. Daß in dieser als Ergebnis des Krieges auftretenden revolutionären Krise der Stalinismus unvermeidlich zugrundegehen wird, parallel der Ausbreitung und Festigung der Weltrevolution und des revolutionären Marxismus, den allein die

IV. Internationale wirksam vertritt, ist als allgemeine Prognose ebensowenig ungiltig geworden.

Die wirkliche und einzige Differenz von Bedeutung zwischen den Kritikern Trotzki's und uns liegt auf einem ganz anderen Gebiete. Diese Kritiker verneinen nämlich rein und einfach das Vorhandensein einer revolutionären Krise und revolutionärer Entwicklungen, die vom letzten Krieg ihren Ausgang genommen. Die Entstehung neuer Arbeiterstaaten an der Seite der UdSSR in Europa wie in Asien, die stürmische Entwicklung der kolonialen Revolution, der Lage in der UdSSR, die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ländern wie Frankreich oder Italien: das alles wird einzig unter dem Gesichtswinkel der dem Kreml hörigen Führungen gesehen und daher in letzter Instanz als weltweite Expansion des Stalinismus und Heraufkommen einer bürokratischen Ära betrachtet.

Im vollen Gegensatz hiezu erklären wir jedoch diese Entwicklungen als objektive, wenn auch sicherlich oft gewundene und entstellte Entfaltungen der proletarischen Revolution, die letzten Endes unvermeidlich die Endkrise und das Ende des Stalinismus herbeiführen werden.

Es ist sicher, daß Trotzki diese Entwicklungen auf gleiche Weise erklärt hätte, sicherlich viel schneller und tiefer als wir das getan haben. Diese Überzeugung ist keineswegs willkürlich, sondern beruht auf seiner Theorie vom Klassencharakter der UdSSR sowie auf seiner Méthode, die sozialen Erscheinungen im allgemeinen und die unserer Zeit im besonderen zu erforschen.

Trotzki hat in seinen Schriften, auch in den polemischen, hinsichtlich der Probleme, die sich aus der bürokratischen Entartung der UdSSR ergeben, immer auf dem Faktor Zeit bestanden, um diese oder jene Einschätzung der UdSSR und des revolutionären oder nichtrevolutionären Charakters unserer Epoche zu geben.

Könnte denn jemand ernsthaft bestreiten, daß Trotzki, befände er sich den neuen, dem Krieg entsprungenen Entwicklungen gegenüber, die die Lage flüssiger denn je machen, schließen würde, daß die Bilanz des Kampfes zwischen Proletariat und Kapitalismus abgeschlossen sei und zwar infolge der Erschöpfung der revolutionären Energien der Massen, dem weiteren Hinausrücken der sozialistischen Perspektive und dem Heraufkommen einer bürokratischen Ära? Ganz im Gegenteil: seine ganze Art zu denken läßt uns annehmen, daß er heftiger denn je seine Ansichten über die wachsende Kraft der proletarischen Revolution, das Kraftlos-

werden der alten traditionellen Führungen sowie über die verbesserten Möglichkeiten und Aussichten der IV. Internationale verteidigt hätte.

Der geschichtliche "Augenblick", von dem Trotzki gesprochen hat, um den seit Beginn der bürokratischen Entartung der UdSSR verflissenen Zeitraum zu charakterisieren, ist, auf geschichtlicher Ebene gesehen, tatsächlich ein bloßer Moment, der nicht genügt, um auf das Gegenteil jener Einschätzungen zu schließen, die er über den Charakter der UdSSR und unserer Epoche gegeben hat. Im Gegenteil, dieser "Moment" ist heute erfüllt von außerordentlichen revolutionären Realitäten und Perspektiven, die den robusten Optimismus, von welchem durchdrungen zu sein Trotzki niemals aufgehört hat, durchaus rechtfertigen würden.

Angesichts der Entfaltung der kolonialen Revolution, selbst isoliert genommen, würde Trotzki die ungeheure Genugtuung erleben, festzustellen, bis zu welchem Grade dieses Beispiel die fundamentalen Linien seiner Theorie der permanenten Revolution bestätigt und verwirklicht. Die chinesische Nationalversammlung diskutiert bereits die Frage der Planung der Industrie, die im wachsenden Maße verstaatlicht wird, sowie die Frage der Kollektivisierung der Agrarwirtschaft. Die chinesischen Theoretiker, alle in der stalinschen Schule der "zwei Revolutionen" von verschiedenem sozialen Charakter und politischen Regimes und der "neuen Demokratie" aufgewachsen, wurden vom Räderwerk der Logik und Notwendigkeit der permanenten Revolution erfaßt und führen nur mehr Worte wie: "Sozialismus, Diktatur des Proletariats, Planwirtschaft, Kollektivisierung" usw. im Munde, um das soziale und politische Regime in China und die Aufgaben, vor welchen die Revolution in China angelangt ist, zu bezeichnen.

Wendet man andererseits den Blick auf die Ereignisse in der UdSSR seit Stalins Tod, so kann man nur staunen über die Schnelligkeit, mit der sich die Krise der Führung der Sowjetbürokratie, die sich den von der Herrschaft Stalins vererbten Problemen und Schwierigkeiten gegenüberstellt, ausbreitet.

Am Tage nach Stalins Tod war es leicht, diese unvermeidliche Entwicklung, die unsere Bewegung vorhergesagt hat, zu verneinen; es war leicht, Malenkov für einen neuen Stalin zu erklären und zu glauben, die Bürokratie könnte rein und einfach weiter wie bisher herrschen. Heute jedoch empfindet jeder, daß es in der UdSSR und in den kommunistischen Parteien einen Klimawechsel gibt; daß das Ansehen der stalinistischen Führungen stark gesunken ist; daß sich der kritische und fordernde Geist sowohl

in der UdSSR wie in den kommunistischen Parteien entwickelt; daß der Stalinkult praktisch fast verschwunden ist; daß sich die Sowjetbürokratie, deren Führer nach Belgrad flogen, um öffentlich Abbitte zu leisten, auf der Suche nach neuen Formeln, Formen und Mitteln befindet, um weiter herrschen zu können.

Es handelt sich darum, die Ursachen dieser Veränderungen zu begreifen. Unsere Bewegung hat nicht erst den Tod Stalins abgewartet, um die allgemeine Richtung dieser Entwicklung vorherzusehen und aufzuzeigen. In Wahrheit hat unsere Bewegung, erzogen in der Schule Trotzki's, seiner Lehren und Methoden (jenen des lebendigen, revolutionären Marxismus), die Dialektik angewendet, um die Folgen zu verstehen, die sich aus den neuen Bedingungen ergeben, in welche sich die Sowjetbürokratie und der Stalinismus nach dem letzten Kriege gestellt sehen. Da, wo andere bloß die reine und einfache Expansion des Stalinismus als Folge des Entstehens der "Volksdemokratien" und des Triumphes der chinesischen Revolution unter stalinistischer Führung erblickten, hat unsere Bewegung die Faktoren des Bruchs des bürokratischen Gleichgewichts erkannt und die Elemente der Zerstörung des Stalinismus aufgedeckt. Das hat uns ermöglicht, den Sinn und die Bedeutung des Bruches Jugoslawiens mit dem Kreml zu verstehen, dessen große Bedeutung durch den jüngsten Besuch der Sowjetführer in Belgrad noch unterstrichen wird.

Andererseits hat unsere Bewegung während dieser Jahre nicht aufgehört, die Bedeutung der wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte in der UdSSR in ihrer Wechselwirkung mit dem revolutionären Aufschwung in der Welt hervorzuheben. Ausgehend von der tieferschürfenden Analyse, die Trotzki vom Phänomen der bürokratischen Entartung der UdSSR, hervorgerufen durch die Isolierung Rußlands und sein niedriges ökonomisches und kulturelles Niveau am Tage nach der Oktoberrevolution, gegeben hat, haben wir die Unvermeidlichkeit des Prozesses des beschleunigten Abstiegs der Herrschaft der Sowjetbürokratie in der UdSSR sowie in den kommunistischen Parteien unter den entgegengesetzten internationalen und nationalen Bedingungen aufgezeigt. Selbstredend verläuft dieser Prozeß nicht geradlinig.

Der Stalinismus ist wesentlich ein Produkt rückständiger nationaler Bedingungen im Rahmen einer internationalen Situation der rückläufigen Revolution. Unter solchen Bedingungen ist die Entstehung einer breiten bürokratischen Schichte möglich, die das Proletariat politisch entmachtet und Ungeheuerlichkeiten auf dem Gebiet der Theorie und Praxis hervorbringt, wie der Stalinismus in der UdSSR.

Die von Leo Trotzki gegebene Analyse dieses Prozesses ging bis auf den Grund der Dinge und hat sich vollauf bewährt.

Alle Schwierigkeiten und Probleme, welchen sich heute die Sowjetbürokratie gegenüber sieht, rühren von den beiden Faktoren her, die Trotzki voll ins Licht gerückt hat: dem nationalen Rahmen, unvereinbar mit der Aufrichtung des Sozialismus, und die zusätzlichen Hindernisse, die ein bürokratisches Regime in diesem Rahmen für die Entwicklung bedeutet.

Der stalinistischen Propaganda zufolge ist die UdSSR bereits ein "sozialistisches" Land, das darangeht, in die höhere Phase des Kommunismus einzutreten. Viele Arbeiter, aber auch eine große Anzahl der "intelligentesten" Mitglieder der westlichen "Intelligentsia" sind dieser Propaganda zum Opfer gefallen und erliegen ihr noch heute. Dennoch ist sie ein unheilvoller Mythos, der die schlimmste Verwirrung erzeugt.

Der Sozialismus ist nur international möglich und muß ein hohes Niveau der Produktivkräfte zur Grundlage haben, höher als das entwickeltste unter dem Kapitalismus.

Der "Sozialismus" der großen Mangelercheinungen, die es in der UdSSR noch gibt, ist ein Übergangsregime zum Sozialismus nur infolge gewisser ökonomischer und sozialer Grundlagen, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution darstellen. Unter diesem Regime, das sich von der Revolution herleitet, hat Rußland enorme ökonomische und kulturelle Fortschritte gemacht. Aber das Niveau der Produktivkräfte, gerechnet pro Kopf der Bevölkerung, hat nicht nur das Niveau der entwickeltsten kapitalistischen Länder (speziell USA) nicht überholt, sondern ist immer noch beträchtlich niedriger.

Unter solchen Verhältnissen von einer reellen, nicht bloss fiktiven, juristischen und wirtschaftlichen Aufhebung der Klassen in der UdSSR zu sprechen, von einer Tendenz zu einer größeren Gleichheit in der Verteilung, von einem selbst nur relativen Überfluß, imstande, die Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft zu befriedigen usw., das heißt mit Vorbedacht die Augen vor einer ganz anderen Realität zu verschließen.

Die Lage der Landwirtschaft und die Auseinandersetzungen um das Tempo des Aufbaues der Schwerindustrie sowie der Leichtindustrie haben anschaulich gezeigt, wie es um die Höhe der Produktivkräfte in der UdSSR, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, steht.

Selbst unter den hypothetischen Bedingungen eines internationalen Friedens, der Jahrzehnte andauert, würden mehrere Fünfjahrpläne nötig sein, um ⁱⁿ der UdSSR das Niveau der Produktivkräfte der entwickeltsten kapitalistischen Länder, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, zu erreichen und zu überschreiten. Der Aufbau des Sozialismus könnte nur ins Auge gefaßt werden, wenn man von einem solchen Niveau ausgeht.

Aber selbst wenn man von der Unmöglichkeit eines jahrzehntelangen Friedens absieht, muß man mehr noch das andauernde Mißverhältnis in Rechnung stellen, das von der Planung der Wirtschaft in einem einzelnen Lande herrührt und das in der UdSSR noch enorm verschärft wird durch die an der Macht befindliche Bürokratie

In der Tat ist die Planung der Wirtschaft in der UdSSR von Grund auf verdorben durch die Tatsache, daß sie zur Basis den in jeder Weise begrenzten nationalen Rahmen hat, der sie zwingt, die Entwicklung der einzelnen Zweige der Wirtschaft für eine ganze Periode zu einem Preis vorzunehmen, der beträchtlich höher ist als der auf dem internationalen Markt übliche. Das ist einer der Gründe für das Mißverhältnis, das zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft (Schwerindustrie, Leichtindustrie, Agrarwirtschaft) herrscht und außerdem innerhalb jedes dieser Zweige selbst.

So ist es also schon organisch schwierig, unter nationalen Bedingungen die Verhältnisse und die Rhythmen des Gleichgewichts zwischen den drei Sektoren der Wirtschaft aufrechtzuerhalten und Krisen, die sich von Zeit zu Zeit ergeben, zu vermeiden.

Andererseits ist die Sowjetwirtschaft durch die zusätzliche Tatsache ihrer bürokratischen Führung grundlegend **schadhaft**. In der UdSSR befindet sich die politische Macht in den Händen einer vom Proletariat unterschiedenen sozialen Schichte, nämlich einer politischen und wirtschaftlichen Bürokratie (Verwalter des Staates und der Wirtschaft), die nach ihren eigenen Interessen und Methoden plant. Die Folge ist, daß ein großer Teil des Nationaleinkommens von dieser unproduktiven

Bürokratie verzehrt wird, während ein anderer Teil durch die bürokratische Organisation der Arbeit verschleudert wird. Andererseits nehmen die Arbeiter an der Ausarbeitung des Plans nicht teil auf demokratische Weise. Sie ziehen daher vom Plan nicht jenen Nutzen, den sie wünschen. Darunter leidet natürlich beträchtlich die Ergiebigkeit der Arbeit.

So stellt die Bürokratie mit ihrer Tendenz zu ständiger Vermehrung und ihrem Anwachsen zu einem wahrhaftigen Polypen eine immer größere Bremse der Entwicklung der Produktivkräfte der UdSSR dar.

Wenn es also mit dem "Sozialismus" in der UdSSR so steht, wird man begreifen, welche theoretische Ungeheuerlichkeit es ist, vom "Sozialismus" in Polen, Rumänien, Jugoslawien, Albanien oder sogar in China zu sprechen.

Es ist wahrscheinlich, daß die heutigen Sowjetführer, mit den im nationalen Rahmen unlösbaren Schwierigkeiten ringend, eine Planung der Wirtschaft auf einer breiteren Basis, von der "Elbe bis zum Pazifik", ins Auge fassen, wie sie schon vernehmen lassen. Das wäre unzweifelhaft ein großer Schritt nach vorwärts. Aber seine Bedeutung wäre neuerlich durch die Tatsache begrenzt, daß diese Planung Länder umfaßt, welche ein viel niedrigeres Niveau der Produktivkräfte haben als die UdSSR (China insbesondere) und daß man daher ein höheres Niveau als das heutige erst später wieder erreichen könnte.

Andererseits muß man die Tatsache berücksichtigen, daß eine solche Planung nicht demokratisch durch die produktiven Massen vorgenommen würde, sondern durch oft rivalisierende nationale Bürokratien, von welchen die der UdSSR und teilweise auch die Chinas die Tendenz haben, zu herrschen und die Planung nach ihren eigenen Interessen auszurichten.

Der Kampf Leo Trotzki's gegen die Theorie des "Sozialismus in einem Lande", der zu Beginn sicherlich von doktrinärem, abstraktem Charakter erschien, erweist sich als grundlegend nicht nur wegen der internationalen Widersinnigkeiten dieser Theorie, sondern gleicherweise wegen der inneren Widersprüche,

die sie aufweist. Diese entstellen und verfälschen den Sinn und die Richtung, die dem sozialistischen Aufbau in einem Lande, das den Sieg der Weltrevolution erwartet, gegeben werden müssen.

Der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein: das ist es, was Trotzki mit aller Klarheit ins volle Licht gerückt hat, bevor noch die Erfahrung mit dem Stalinismus auf internationalem wie nationalem Gebiete ihre Irrtümer und Untaten hervorbrachte.

Mangels einer solchen internationalen Basis für den Aufbau des Sozialismus kann man ökonomische Erfolge erzielen, die im kapitalistischen Rahmen unmöglich zu erreichen sind. Doch ist das Risiko groß, sieht man eine Bürokratie entstehen, die das Proletariat politisch entmachtet und infolgedessen die ganze sozialistische Entwicklung des Landes verdirbt. Das aber war und ist noch der Fall in der UdSSR.

Der Begriff der Sowjetbürokratie, ihres Ursprungs, ihres Doppelcharakters, ihrer Perspektiven, ist die Grundlage der von Trotzki vorgenommenen Analyse, die die heutige soziale Struktur der UdSSR und das Phänomen des Stalinismus verstehen lehrt.

Je mehr die Zeit verfließt, je mehr sich die Tatsachen häufen, umso mehr gewinnt diese Analyse an Wert, weil sie die einzige ist, die eine korrekte Erklärung der sowjetischen Wirklichkeit und des Stalinismus erlaubt.

Das heutige politische Regime in der UdSSR bleibt unverständlich, wenn man sich nicht völlig den Begriff der Sowjetbürokratie aneignet. Er ermöglicht, jede Konfusion zu zerstören, sei es die der Formel von einem "totalitären Regime", sei es jene von einem "sozialistischen Regime" in dem Sinne, den die Stalinisten dieser Formel geben.

Andererseits haben Trotzki und die Trotzkiisten dank der heutigen Erfahrung darüber, was aus der Diktatur des Proletariats in einem einzigen Lande werden kann, besser als je in der Vergangenheit das Programm der proletarischen Demokratie darlegen können. Diese Frage ist von wachsender kardinaler

Bedeutung. Die demokratische Macht des Proletariats ist nur dann gegeben, wenn es als Klasse tatsächlich in immer breiterem Maße und unmittelbar an der Führung von Staat und Wirtschaft teilnimmt, durch demokratische Sowjets, durch vom Staat unabhängige Gewerkschaften, die in der Lage sein müssen, mit aller Strenge die Arbeiter selbst gegen den Arbeiterstaat zu schützen, und schließlich durch das Recht auf Schaffung politischer Sowjetparteien.

Dieses letztgenannte Recht auf freie Aktivität der Klasse auf höchstem Niveau, das heißt auf politischem Gebiet, erweist sich überhaupt entscheidend für das wirkliche Funktionieren einer echten proletarischen Demokratie, d.h. einer wirklichen Teilnahme der Klasse an der Führung von Staat und Wirtschaft. Das ist für uns kein abstrakter und doktrinärer Katechismus, den man, am Tage nach der Machtergreifung vor die Erfordernisse und Schwierigkeiten der "rauhem Wirklichkeit" gestellt, einfach über Bord werfen kann. Das ist für uns eine theoretische Überzeugung, die sich aus der konkreten Erfahrung von dreißig Jahren herleitet. In dieser Hinsicht kann man heute ebenso sagen: Die proletarische Macht wird demokratisch sein - oder sie wird nicht sein.

Dank dem Werke Leo Trotzki's, seiner Idee und seiner Methode, die jene des revolutionären Marxismus ist, sowie dank der Bewegung, die er geschaffen hat, der I.V. Internationale, konnten wir bis auf den heutigen Tag ein vollständiges Programm, das alle wesentlichen Fragen der Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung unserer Epoche umfaßt, ausarbeiten und vertreten, ein Programm, das den Bedürfnissen der kommunistischen Bewegung entspricht und auf ihre Probleme antwortet.

Aus diesem Grunde gibt es heute bereits ein Erwachen und Reifen des politischen Bewußtseins der Elemente und Schichten der proletarischen Avantgarde, gibt es Tendenzen zu einem Zusammenschluß dieser Elemente und Schichten mit dem Trotzismus. In ihm, in seinem Programm, in seinen Ideen, erkennen

sie den klarsten und bewußtesten Ausdruck des Weges, den sie suchen.

Die heutigen objektiven Bedingungen sind einem solchen in der Klasse sich vollziehenden Prozeß günstig. Der allgemeine Charakter der Periode, in die wir seit dem letzten Kriege eingetreten sind, bleibt revolutionär. Es ist jedoch wahr, daß das politische Bewußtsein der Massen weder den objektiv-revolutionären Bedingungen, noch der spontanen revolutionären Aktivität der Massen entspricht. Hier gibt es eine große Kluft, zugleich Ursache und Wirkung der Existenz der traditionellen sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen.

Das mußten wir in Rechnung stellen. Und wir haben es in Rechnung gestellt.

Unser gesamtes Programm den Massen, die in Massenparteien und Massengewerkschaften politisch aktiv organisiert sind, von außen vorzuweisen, das genügt nicht. Man muß diese Aufgabe mit der tatsächlichen Anwesenheit unserer Kräfte, unserer Kader in diesen Organisationen kombinieren, um dort im Sinne einer Übergangspolitik zu wirken. Das heißt Losungen formulieren, eine Politik führen, die dem gegebenen Moment, der gegebenen Bewußtseinshöhe der Massen sowie den Möglichkeiten der Organisation, in welcher wir wirken, Rechnung trägt.

In allen diesen Fällen bemühen wir uns, vom Gesichtspunkt eines linken Flügels dieser Organisationen aus zu sprechen und einen solchen zu gruppieren. Aber diese Politik brächte das Risiko mit sich, daß wir in die Praxis des Linkszentrismus verfielen, wenn wir sie nicht kombinieren würden, wie wir das tun, mit einem unabhängigen Sektor unserer Arbeit; mit der Existenz von Presseorganen und einer hundertprozentigen marxistisch-revolutionären, trotzkistischen Literatur, die unser vollständiges Programm vertritt, und vor allem durch die unabhängige Existenz der Internationale.

Diese Arbeitsbedingungen haben wir uns weder ausgesucht noch ziehen wir sie anderen vor. Sie werden uns einfach durch die Wirklichkeit der internationalen Arbeiterbewegung in der heutigen Etappe aufgezwungen. Wir suchen aus ihnen nur das Bestmögliche für die Schaffung einer wahrhaft marxistisch-revolutionären Massenbewegung sowie für die Bildung individueller revolutionärer Kader herauszuholen.

Denn für diese, wie für uns, gibt es, wie uns L e o T r o t z k i gelehrt hat, keine bessere Rechtfertigung für ihre Arbeit, noch eine bessere persönliche Befriedigung, als im Sinne der Geschichte zu handeln und die Zukunft vorzubereiten.

August 1955
